

ANTRAG 12
der ÖAAB-FCG-BAK-Fraktion an die 168. Hauptversammlung
der Bundesarbeitskammer am 28. November 2019
in Kärnten

Kalte Progression: Weg mit der versteckten Steuerschraube!

Wenn jemand mehr Lohn bekommt und sich trotzdem weniger leisten kann, dann ist das die Auswirkung der kalten Progression und das ist ungerecht. Deshalb gehört diese versteckte Steuererhöhung sofort abgeschafft. Denn aktuell werden den arbeitenden Menschen jedes Jahr 660 Millionen Euro zusätzlich aus der Tasche gezogen.

Der Kaufkraftverlust, den die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch die Kalte Progression hinnehmen müssen, ist enorm: Jährlich wandern durch diese versteckte Steuererhöhung rund 660 Millionen Euro in den Säckel des Finanzministers. Dadurch schwindet die Kaufkraft der arbeitenden Menschen.

Hier ein Beispiel: Ein Beispiel: Peter (30), arbeitet in der Gastronomie. 2016, im Jahr der letzten Steuerreform, betrug sein Jahresgehalt 22.000 Euro brutto. Netto waren das 18.850 Euro. Das würde 189 Einkäufen im Wert von 100 Euro entsprechen. Durch die versteckten Steuern kann sich Peter 2019 nur mehr 186 Einkäufe leisten, obwohl er nun 19.576 Euro netto verdient. Würden die Steuertarifestufen sowie die Frei- und Absetzbeträge jährlich automatisch an die Inflation angepasst, könnte sich Peter 2019 immer noch 189 Einkäufe leisten!

Politik tut nichts!

Seit Jahren läuft es in der Politik gleich ab: Vor Wahlen wird eine Lösung zur Abschaffung der Kalten Progression versprochen. Aktuelles Beispiel: Bei der so genannten Elefantenrunde des ORF vor der Nationalratswahl 2019 stimmten alle Parteivorsitzenden der Abschaffung zu.

Allerdings: Wenn es ernst wird, schreckte noch jede Regierung davor zurück. Das ist im Grunde auch kein Wunder, denn ohne sich durch explizite Steuererhöhungen unbeliebt zu machen, streift der Finanzminister so über die Inflation jährlich 660 Millionen Euro ein. Diese Zusatzeinnahmen lassen sich dann wieder unter großem Medienrummel in „Zuckerl“, wie etwa den Familienbonus verpacken. Das Problem daran: Diese Erleichterungen haben sich die arbeitenden Menschen längst selbst bezahlt. Damit muss Schluss sein. Es kann nicht sein, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über versteckte Lohnsteuereinnahmen die Marketing-Schmähs der gerade amtierenden Regierung finanzieren.

Die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer fordert die Bundesregierung einmal mehr auf, den Einkommenssteuertarif sowie die Frei- und Absetzbeträge umgehend jährlich automatisch an die Inflation anzupassen.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig